

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin über bei Direktumsendung ohne Bestellgebühr monatlich 3.- M., bei Zustellung unter Schriftwechsel 5.- M. Die "Freiheit" ist in den ersten Nummern der Postzeitungsliste für 1919 eingetragener Name. Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verlags-Vertrieb: Amt Norden 2808 und 2804.

Inhalt folgen die wichtigsten Nachrichten über den Krieg, die Weltlage, die Auslandsfrage, die sozialistische Bewegung in Deutschland und im Ausland, die Arbeiterbewegung, die politische Lage, die Kultur, die Wissenschaften, die Kunst, die Literatur, die Musik, die Theater, die Sport, die Reisen, die Erholung, die Gesundheit, die Hygiene, die Ernährung, die Kleidung, die Mode, die Wohnung, die Technik, die Industrie, die Landwirtschaft, die Forstwirtschaft, die Fischerei, die Jagd, die Tierzucht, die Pflanzenzucht, die Gärtnerei, die Blumenzucht, die Ziergärtnerkunst, die Landschaftsgärtnerkunst, die Gartengestaltung, die Gartenbauwissenschaft, die Gartenbaukunst, die Gartenbaulehre, die Gartenbauwissenschaft, die Gartenbaukunst, die Gartenbaulehre, die Gartenbauwissenschaft, die Gartenbaukunst, die Gartenbaulehre.

GTREIHPF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Revolutionisierung der Internationale.

Die provisorischen Statuten der Internationale.

Auf dem zur Zeit tagenden internationalen Sozialistenkongress in Lugern wurden nach langer Debatte in der Sitzung vom 6. August die grundlegenden provisorischen Statuten der Sozialistischen Internationale angenommen. Die berücksichtigten folgende Gesichtspunkte und Ziele:

1. Politische und wirtschaftliche Organisation der Arbeiterklasse zur Erhebung der politischen Macht und Sozialisierung der Produktion und der Austauschmittel. Ersetzung des kapitalistischen Systems durch die sozialistische und kommunistische Gesellschaft.
 2. Internationale Einheit und Aktion für die Organisation des wahren Völkerverbands, Kampf gegen Chauvinismus und Imperialismus, allgemeine Abschaffung des Militarismus und der Rüstungen.
 3. Vereinigung der Interessen aller unterdrückten Völker.
 4. Zusammenfassung der politischen Kräfte der Genossenschaften und Gewerkschaften, die weiter als autonome Körperschaften betrachtet werden, um gemeinsam im internationalistischen und revolutionären Geist zur Erhaltung des Weltfriedens vorzugehen.
- In diesen Grundsätzen ist vor allem bedeutsam, daß hier die Erhebung der politischen Macht und die volle Sozialisierung als Ziel der Internationale bezeichnet sind. Die Grundsätze bedeuten also eine glatte Abjage an die Praxis der deutschen Reichssozialisten und sie zeigen, daß die Forderungen unserer Partei auch die Forderungen der ganzen sozialistischen Internationale sind.

Internationaler Sozialistenkongress.

Lugern, 8. August.

Gestern nachmittags fand eine öffentliche Sitzung statt. Es war fast ausschließlich mit Lesen und Ueberlegen des bis jetzt vorliegenden Teiles des Kommissionsberichts und einer von der französischen Mehrheit und den deutschen Unabhängigen eingebrachten Gegenresolution ausgefüllt.

Der erste Abschnitt des Kommissionsberichts bezieht sich auf die Erklärung der neuen sozialistischen Regierungen und verspricht diesen die Unterstützung der internationalen Arbeiterbewegung. Die Arbeiterklassen aller Länder beweisen, daß die beste Friedensgarantie darin liegt, daß sie selbst zur Macht gelangen. Noch nie wäre die Tage so tief revolutionär und nie günstiger zur Ausübung einer sozialistischen Organisation gewesen. Im zweiten Abschnitt über die Friedensverträge wird festgestellt, daß erst nach Unterzeichnung des Friedensvertrages die Internationale daran gehen könne, mit aller Energie für eine Änderung dieser Verträge in einem für die Befreiung der Völker günstigen Sinne einzutreten. Die Internationale betrachte die Worte des deutschen Ministers des Auswärtigen Herrmann Müller, daß Deutschland alle Anstrengungen machen wird, um in lokaler Weise im Rahmen des Möglichen den Bedingungen des Friedensvertrages nachzukommen, als einen Ausgangspunkt für den Fortschritt der Beziehungen zwischen den Völkern und zur Herbeiführung des Mißtrauens gegen Deutschland. Diese löchernde Haltung Deutschlands werde die siegreichen Nationen zu einer Politik der Mäßigung zwingen. Das dritte Kapitel fordert, daß die Internationale in einen internationalen sozialistischen Staat umzuwandeln. Der Völkerverband müsse alle Völker umfassen und den Völkern direktes Stimmrecht geben, damit ein direktes Weltparlament zustande komme. Er müsse für eine sofortige allgemeine Abrüstung einleiten und die Verträge der militärischen Beziehungen verkürzen. Der Völkerverband müsse schließlich die Internationalisierung der Rohmaterialien, des Schiffbaus, der Verkehrsmittel, des Kaliums und Natriums und der Bezahlung der Kriegs-

schulden organisieren, wozu der Oberste Wirtschaftsrat der Alliierten in einen allgemeinen Wirtschaftsrat des Völkerverbands umgewandelt werden soll. Die Internationale verlange, daß der Völkerverband sofort einberufen wird.

Der Abschnitt 4 (territoriale Fragen) erklärt, daß durch den Friedensvertrag die an Elfaß-Vorbringen, Schleswig und Polen verübten Vergewaltigungen wieder gutgemacht werden seien. Die Alliierten hätten aber neue Ungerechtigkeiten begangen, indem sie ganzen Völkern das Recht entzogen hätten, ihren Willen zu bekunden. Es wird daher das politische Regime des Saargebietes verworfen und das Recht Deutschlands zum Anschluß an Deutschland und das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Gebiete der Tschecho-Slowakei und Südtirols gefordert. Die westpreussischen Gebiete sollen deutsch bleiben und Polens Zugang zum Baltischen Meer durch Internationalisierung der Weichsel und Schaffung des freizügigen Danzig gesichert werden. Die Volksabstimmung habe unter Ueberwachung des Völkerverbands zu erfolgen.

Im fünften Kapitel über die wirtschaftlichen Fragen wird die sofortige Festschließung der von Deutschland zu zahlenden Entschädigungssumme verlangt. Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse dürfe durch diese Belastung nicht dauernd unter die der anderen Nationen herabgedrückt werden, da dadurch die Gefahr der Sozialdemokratie hervorgerufen würde. Die Entschädigungsabkommen dürften nicht zu verschleierten Annexionen gebraucht werden. Das Abkommen über die Sicherstellung in Entschädigungs-kommissionen soll durch den Völkerverband und nicht durch die Alliierten getroffen werden. Die Beschaffung von Rohmaterialien und die Möglichkeit der wirtschaftlichen Entwicklung soll Deutschland und Deutschösterreich durch den Völkerverband garantiert werden. Die Ueberwachung der Kredite für Schiffbau, Nahrungsmittel und Rohmaterialien soll Körperschaften überwiesen werden, in denen auch die ehemals feindlichen Staaten innerhalb des Völkerverbands vertreten sind. Verpflichtungen über Reiseförderung, Eisenbahnen, Internationalisierung von Klüften und Kanälen sollen auf Gegenseitigkeit allen Völkern auferlegt werden.

Im sechsten Abschnitt über die Kolonien wird die Begehung der deutschen Kolonien als Ungerechtigkeit und Fehler bezeichnet. Die übrigen Nationen könnten sich weder auf eine monopolistische Kolonialverwaltung berufen, noch dürfe sie Deutschland der Möglichkeit des Wiederaufbaues seines wirtschaftlichen Lebens berauben.

Die von Louquet verlangte Gegenresolution der französischen Mehrheit und der deutschen Unabhängigen ruft mit allem Nachdruck zur Sammlung der Proletariat und der revolutionären Kräfte sowie zur Erlangung der politischen Macht und der Verwirklichung des Sozialismus auf. Was den Friedensvertrag anbetreffe, der dem Krieg einen kapitalistischen und nationalen Abschluß gegeben habe, will die Resolution den besiegten Völkern hinsichtlich der Wirkung keine Illusionen machen, da die Pariser Konferenz gezeigt habe, daß die Ententestaaten fest entschlossen seien, die Früchte ihres Sieges zu ernten. Sie ruft daher die ganze organisierte Arbeiterkraft zur Einigkeit auf, um den Zeitpunkt zur Errichtung des Sozialismus zu beschleunigen. Nur dieser werde allen Völkern Gerechtigkeit bringen. Schließlich wird die Resolution bekräftigt, daß die Bildung von 7 kleinen Staaten ohne eigene innere Lebenskraft und verwirrt das Vorgehen der Entente gegen Rußland und Ungarn, ohne ein Urteil über die bolschewistische Methode auszusprechen. Eine Untersuchungskommission soll neuerlich nach Rußland entsandt werden.

Als einziger Diskussionsredner erhielt dann Weiss das Wort, der in einer längeren Rede den Friedensvertrag nach Gesichtspunkten kritisierte, denen in beiden Resolutionen Rechnung getragen ist. Er behandelte ferner die große, Europa im kommenden Winter drohende Kohlennot, zu deren Behebung er die sofortige Einberufung einer internationalen Bergarbeiterkonferenz verlangte.

Siebenstundentag im englischen Kohlenbergbau.

Amsterdam, 8. August.

Das Reutersche Bureau meldet aus London, daß das Unterhaus den Vorschlag über die Kohlenbergwerke, der den Siebenstundentag einführt, angenommen habe.

Zur Frage der Auslandskredite.

Uns wird geschrieben:

Der Handelsverkehr unter den Völkern ist im normalen Zustand der Dinge reiner Laufverkehr: Ware gegen Ware. Der verwickelte Verrechnungsmodus der modernen Zeit läßt dieses Laufverhältnis nicht so klar hervortreten. Dennoch besteht es, heute wie vor Tausenden. Auch die Lebensmittel und Rohstoffe, die Deutschland gegenwärtig einführt oder noch einzuführen hofft, sind nichts anderes als Gegenleistungen des Auslandes für die von uns ausgeführten oder in Zukunft noch auszuführenden Waren. Nur insofern besteht ein außergewöhnlicher Zustand, als wir gegenwärtig genötigt sind, das Ausland zu bitten, daß wir unsere Gegenleistungen an Waren erst später erfüllen dürfen. Wir müssen, wie der technische Ausdruck lautet, um einen „Kredit“ nachsuchen. Warum wir diesen Kredit nötig haben, ist bekannt. Alle Teilnehmer unserer Gütererzeugung: der Mensch, das Vieh, unsere Betriebsmittel (Maschinen, Apparate usw.), ja selbst der Ackerboden, sind stark abgemüht und müssen erst wieder instand gesetzt werden. Das Ausland, vorzüglich Amerika, ist in der Lage, uns Kredit zu gewähren. Aber — es will nicht! Warum es nicht will, das ist ein langes Kapitel. Genug, das internationale Großkapital will auf den deutschen Wechsel nichts borgen, wenigstens nicht annähernd soviel, wie wir selbst bei den bescheidensten Ansprüchen nötig haben.

Diese Sachlage muß man sich vor Augen halten, um das ungläubliche Verhalten der Regierung gegenüber den in Deutschland befindlichen ausländischen Wertpapieren noch Gehör würdigen zu können. Wieviel von diesen Werten bei uns noch gibt, nachdem wegen der verdrehten Nachlässigkeit früherer Finanzverwaltungen ein großer Teil davon ins Ausland verstreut ist, darüber sind nur Vermutungen möglich. Gleichviel indessen, ob der Gesamtbetrag eine Milliarde beträgt, oder etwas mehr oder etwas weniger, so ist es doch offenbar für das deutsche Volk ein Gebot der nackten Selbsthaltung, sich diese wichtigste Reserve, die uns noch für die Bezahlung der dringendst benötigten Einfuhrgüter offen ist — die überhaupt einzige Reserve, falls die Amerikaner unsere Bitten um Kredit ablehnen — zu sichern. Was aber tut unsere Regierung? Sie steht mit untergeordneten Armen zu, wie um den Besitz dieser Papiere ein wüster Kampf unter den Kapitalhülftlingen, Steuerbrüderbergern und Valutavandalen entbrannt ist. Den Kampfplay bilden die deutschen Börsen. Eine milde Aufwärtsbewegung hat in diesen Papiere namentlich seit dem Tage eingeleitet, an dem etwas von der Absicht der Regierung, mittels Verhinderung der Steuerflucht Wertpapiere und Banknoten abzutempeln, verlautet hat. Für das Ausmaß dieser Steigerungen sei als Beispiel die Aktie der kanadischen Pacific-Eisenbahn erwähnt, von der es in Deutschland noch etwa 25 Millionen Dollar (zum heutigen Kurs etwa 400 Millionen M.) geben dürfte. Dieses Papier hat in den letzten Wochen eine Kurssteigerung von 120 Prozent erfahren. Soweit die betreffenden Käufer von der Absicht ausgehen, sich vor den zersetzenden Wirklungen der deutschen Notensprende zu retten, mag man ihnen die Anlage in ausländischen Papiere, falls damit keine Steuerhinterziehungen beabsichtigt sind, nicht einmal so sehr verübeln. Aber der Kapitän eines in Sturm treibenden Schiffes, der es zuläßt, daß die Passagiere erster Klasse alle Rettungsringe einseitig für sich in Anspruch nehmen, sollte von der Kommando-brücke beantragt werden.

Die breiten Schichten sind leider in Finanzsachen zu wenig sachverständig, um diesen Vorgängen die Aufmerksamkeit zuzuwenden, die sie verdienen. Daß es hier um die Lebensbedingungen des deutschen Volkes geht, wissen nur wenige, und die es wissen, sind meistens Großinteressenten dafür, daß das Volk in Unwissenheit gehalten wird. Herr Erzberger wandelt in dieser Frage vollkommen in den Fußstapfen seiner Vorgänger, des völlig ahnungslosen Herrn Schiffer und des leider nur zu sachverständigen Herrn Dernburg. Wer etwa aus seinen neuesten Glauben die Meinung gewonnen hätte, daß Erzberger den Mut besäße, dem Kapital wirklich zu Leibe zu gehen, der wird durch kein völlig passives Verhalten in der Frage der Auslandskredite von seiner Täuschung geheilt werden. An diese Rettungs-

T. U. Beuthen, 8. August.

- Bei einer Demonstration der polnischen Sozialisten im Stadtpark wurden in einer Resolution folgende Forderungen gestellt:

 1. Wir fordern die Regierung zum sofortigen Frieden zu gehn auf.
 2. Wir verlangen sofortige Verbesserung der Industrie.
 3. Wir verlangen die sofortige Oeffnung der Grenzen, wenn nur das kann die Bedürfnisse des Proletariats aller Lander stillen.
 4. Wir verlangen die Befreiung aller Staatsbeamten, deren Tatkraft zum Schaden des Proletariats gerichtet.
 5. Wir protestieren gegen die Grobvergn.

Gewerkschaftliches.

Der Reichsbanknotendruckauftrag nach Wien.

Eine am Donnerstag, den 7. d. M., abgehaltene Versammlung der mit der Herstellung von Banknoten beschäftigten Arbeitergesellschaft des gewerblichen Gewerks nach Stellung zu den der österreichischen Staatsdruckerei übergebenen Herstellung von 6 Milliarden 60-Mark Scheine, die einen Kostenaufwand von 15 Millionen ausmacht.

Bei Bekanntwerden dieses Planes hat der Buchdruckerverband unter Führung des Prinzipalverwalters mit dem Präsidenten der Reichsbank eine Verhandlung eingeleitet. Die Reichsbank sei eine selbständige Behörde, von dem Druckauftrag sei der Reichsbank 1 1/2 Milliarden 50-Mark Scheine übertragen und der Auftrag könne nicht mehr rückgängig gemacht werden. Das war das Ergebnis der Verhandlung mit dem Reichsbankdirektor Paventstein.

Die am Donnerstag, den 7. August, im Schulfest versammelten Angehörigen des geographischen Gewerkes haben mit großer Entschiedenheit Kenntnis erhalten von der Tatsache, daß ein großer Auftrag von Millionen Worten nach der Wiener Staatsdruckerei gegeben worden ist. Die Gründe hierfür wurden als nicht der Wahrheit entsprechend bezeichnet.

Der Achtstundentag der Bühnenarbeiter.

Ferdinand Gregori, der erste Vorsitzende der Vereinigung künstlerischer Bühnenvorstände, hat eine Umfrage bei den Mitgliedern dieser Vereinigung veranstaltet, über die von den Bühnenarbeitern gestellte Forderung des Achtstundentages. Gregori spricht sich gegen die Einführung des Achtstundentages im Bühnenbetrieb aus, da er davon Schäden für den Theaterbetrieb fürchtet.

Die schweren Schäden, die Herr Gregori als Folge der Einführung des Achtstundentages aufführt, sind vom Standpunkte des Kulturpolitikers, der das technische Personal in erster Linie als Kulturschicht betrachtet, nur zu verständlich.

Das Pressebureau Mable meldet aus Washington: Senatssekretär Lansing ist vor dem Ausschuss des Senats für auswärtige Angelegenheiten erschienen, um die Friedenskonferenz in Paris betreffende Fragen zu beantworten.

„Daily News“ vom 6. meldet aus New York, daß die industrielle Lage in Amerika zur Ratifizierung des Friedensvertrages beitragen werde.

Der Streik bei der Firma Messner Neugeb ist beendet. Die Differenzen sind durch Verhandlungen mit der Organisation zur beiderseitigen Zufriedenheit geregelt.

Haase's Anklagerede
50 Pfennig
ist soeben erschienen!

Reichsverfassung, die in der letzten Woche von der Nationalversammlung angenommen worden ist, jede Verfolgung und Verhaftung von Abgeordneten während der Dauer der Nationalversammlung verbietet.

Genehmigung des Betriebsräte-Gesetzes.

Berlin, 8. August.

Das Reichsministerium hat in seiner Sitzung vom 7. d. M. dem Entwurf eines Betriebsrätegesetzes seine Zustimmung erteilt.

Strafanträge gegen Kriegsverbrecher.

Geschlossene Verhängung der Schubhaft.

Der Rat ehemaliger Schubhaftgefangener, der sich jetzt „Internationaler Schubhaftverband“ nennt, hat, wie die „Röschische Zeitung“ erfährt, in einer Versammlung im Herrenhause die Forderung aufgestellt.

Der Vorwurf gegen Justizbeamte, ungesetzmäßig und willkürlich Verhaftungen vorgenommen zu haben, stellt eines der schwersten Demittendelikte dar, die das deutsche Strafrecht kennt.

Polnische Brunnenvergiftung.

Eine Berliner Lokal-Korrespondenz will erfahren haben, daß ein Reichstagswahl, der sich als Vertreter des Gewerks Rosenfeld ausgab und behauptete, Vertreter des Untersuchungsausschusses des Reichstages zu sein und der dadurch zu diesem Zutritt erhielt, Tyska zu bestimmen versuchte.

Diese Mitteilung stellt eine garabagu schamlose Verächtlichkeit unserer Partei dar. Sie trägt nur allzu deutlich den Stempel größter Fälschung auf der Stirne.

Der Heimtransport der russischen Kriegsgefangenen aus Deutschland.

Wie die B. V. N. an zuständiger Stelle erfahren, sind alle einschränkenden Bestimmungen der Alliierten über den Heimtransport der russischen Kriegsgefangenen von Deutschland aufgehoben.

Die Friedensfrage in Amerika.

Amsterdam, 8. August.

Das Pressebureau Mable meldet aus Washington: Senatssekretär Lansing ist vor dem Ausschuss des Senats für auswärtige Angelegenheiten erschienen, um die Friedenskonferenz in Paris betreffende Fragen zu beantworten.

„Daily News“ vom 6. meldet aus New York, daß die industrielle Lage in Amerika zur Ratifizierung des Friedensvertrages beitragen werde.

Die Finanzlage in England.

Haag, 8. August. (H. N.)

Aus London wird gemeldet: Im Unterhaus gab Chamberlain im Zusammenhang mit der englischen Finanzlage eine ernste Warnung ab.

manchen Fragen einer gründlichen Erörterung unterzogen. Bei der Lösung der ungarischen Frage scheint die Orient-Politik der großen mittleuropäischen Mächte von Nutzen zu haben.

Italien protestiert gegen die Wiederherstellung der Monarchie.

Wien, 8. August. (H. N.)

Nach einer Meldung der „Morgenszeitung“ hat Italien bei der Entente gegen die Wiederherstellung der Monarchie in Ungarn protestiert.

Die alliierte Militärkommission.

T. U. Amsterdam, 8. August.

Dem „Gandelsblad“ wird aus Paris gemeldet: Man wirft hier die Frage auf, welche Rolle die internationalisierte Militärkommission spielen soll.

Einsetzung der amerikanischen Lebensmittelsubventionen.

Paris, 8. August. (Reuter.)

Hoover hat Befehl gegeben, alle Lebensmittelsubventionen nach Budapest einzustellen.

Die Entente protestiert gegen die Reaktion in Ungarn.

Haag, 8. August. (H. N.)

Die „Times“ meldet, daß bereits vor Monaten hinsichtlich Ungarn ähnliche Pläne in Erwägung gezogen und auch schon damals besprochen wurde.

Aus Paris kommen gleichfalls Meldungen, daß man in den Kreisen die Ernennung des Erzherzogs Josef unangenehm empfindet.

Sie wittern Morgenluft.

Das Problem Ungarn bereitet den Alliierten neben anderen Freude einige Schwierigkeiten.

Die „Deutsche Zeitung“ gibt zu wissen vor, daß der Kaiser persönlich beim ungarischen Volk aufzutreten beabsichtigt sei.

Man denke, die Alliierten begrüßen einen Schritt des „Reichsboten“ und der „Alliierten Wochenschrift“.

„Wenn die Ungarn der Meinung sind, daß der Schritt zum Königtum ihnen Nutzen bringt, werden sie ihn ablehnen.“

Man interessierten aber sind die Worte des Zentrumskanzlers, der „Germania“.

Kritisch muß der Demokrat es als grundlegend richtig billigen, daß das ungarische Volk in die Lage versetzt wird, sich eine Staatsform nach der Meinung seiner Mehrheit zu schaffen.

Die Auffassungen der „Germania“ über den monarchistischen Witz in Ungarn sind zwar sehr vorsichtig.

Genosse Eichhorn zum ersten Male in der Nationalversammlung.

Am 7. August in der Sitzung der Nationalversammlung am 7. August ist Genosse Eichhorn, der frühere Polizeipräsident von Berlin, der von den bürgerlichen Parteien und von den Rechtssozialisten unter den schärfsten Anschuldigungen wie ein wildes Tier verfolgt wurde, zum ersten Male als Abgeordneter erschienen.

